Ressort: Technik

FDP beschließt Verfassungsbeschwerde gegen Vorratsdatenspeicherung

Berlin, 26.10.2015, 18:03 Uhr

GDN - Die FDP will wegen der Vorratsdatenspeicherung vor das Bundesverfassungsgericht ziehen: Das Parteipräsidium beschloss am Montag, eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zu organisieren. Beschwerdeführer sind Parteichef Christian Lindner und mehrere weitere FDP-Politiker, die laut Lindner als Berufsgeheimnisträger besonders betroffen seien.

Der Bundestag hatte trotz Kritik von Opposition und Datenschützern Mitte Oktober eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Die Vorratsdatenspeicherung sieht unter anderem vor, dass die Telefon-Verbindungsdaten und IP-Adressen von Computern von den Anbietern zehn Wochen aufbewahrt werden müssen, die Standortdaten von Handys müssen vier Wochen gespeichert werden.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-62222/fdp-beschliesst-verfassungsbeschwerde-gegen-vorratsdatenspeicherung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619